

## Medienmitteilung

**25. Januar 2017**

Am 24. Januar 2017 wurde im Grossen Rat die Motion „Keine vorzeitige Einführung des Lehrplans 21“ von Grossrat Thomas Knutti behandelt. Diese verlangte, bis zur Volksabstimmung der kantonalen Initiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!“, die Einführung dieser umstrittenen Schulreform im Kanton Bern zu sistieren. Bis zum endgültigen Entscheid des Grossen Rates oder der Bevölkerung sollen keine weiteren finanziellen Mittel und Ressourcen verschwendet werden. Bislang hat der Grosse Rat alle Entscheide, die mit dem LP 21 in Zusammenhang standen, anstandslos angenommen. Dazu beigetragen hat insbesondere die Annahme, dass mit der Einführung dieses Lehrplans die vom Stimmvolk 2006 angenommene Harmonisierung (Bildungsartikel §62 Abs.4 der Bundesverfassung) und der Beitritt zum HarmoS - Konkordat umgesetzt werde. Doch dem ist leider nicht so, denn die Allianz aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung hat sich schon längst vom Verfassungsauftrag der Harmonisierung verabschiedet. Der LP 21 bringt keine Harmonisierung bei den Frühfremdsprachen, Sammelfächern, beim Hauswirtschaftsunterricht, der Stundentafel und den Lehrmitteln, wie folgende Fakten belegen:

- Keine Übereinstimmung in der Fremdsprachenfrage: Die Ostschweiz fängt mit Frühenglisch an, die westliche Deutschschweiz mit Frühfranzösisch
- Die Kantone Appenzell und Uri haben Frühfranzösisch nicht eingeführt
- Der Kanton Thurgau hat den Französischunterricht wieder in die Oberstufe verlegt
- Im Kanton Baselland wurden in einer Volksabstimmung die Sammelfächer NMG abgelehnt, zugunsten der ursprünglichen Fächer Physik, Biologie, Chemie, Geschichte und Geografie
- Im Kanton Baselland wurde eine Motion überwiesen, die den Regierungsrat beauftragt, für jedes Promotionsfach klar und transparent Lerninhalte und Themen festzuschreiben. Die Kompetenzorientierung wird wieder den Inhalten untergeordnet
- Der Kanton Uri verzichtet auf die Halbierung des Hauswirtschaftsunterrichts
- Bei der Stundentafel wird es beträchtliche Unterschiede geben

Somit bleiben noch die Fächer Deutsch und Mathematik, wo die Lehrpläne schon heute zu 98% deckungsgleich sind. Leider wird mit dem Lehrplan 21 vor allem die stark umstrittene und andernorts gescheiterte Kompetenzorientierung flächendeckend eingeführt. Doch diese hat überhaupt nichts mit dem ursprünglichen Verfassungsauftrag zu tun!

Die sogenannte „Kompetenzorientierung“ zielt nicht in erster Linie auf die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler, sondern auf eine unhinterfragte Anpassung an Vorgaben. Das „selbstgesteuerte Lernen“ und die konstruktivistischen Lehrmittel drängen den „Lernbegleiter“ aus dem Lernprozess hinaus, Lehrmittelzwang wird somit zum Methodenzwang (siehe Frühfranzösisch-Lehrmittel).

Ein solch tiefgreifender Umbau der Volksschule benötigt einiges an Weiterbildung für Lehrpersonen und Schulleitungen, was zu horrenden Kosten und viel Unruhe im Schulbetrieb führt. Deshalb wurde im Kanton Bern die Initiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!“ lanciert und mit knapp 19 000 Unterschriften eingereicht. Viele Bürgerinnen und Bürger möchten bei der Einführung neuer Lehrpläne den Grossen Rat in die grundlegenden Entscheidungen miteinbeziehen und mit dem Referendumsrecht sicherstellen, dass das Stimmvolk mitentscheiden kann, wenn es dies für nötig erachtet.

Ein Lehrplan legt den Auftrag der Gesellschaft an die Schule fest und welche Leistungen von ihr erwartet werden. Die Gesellschaft besteht jedoch nicht nur aus Bildungsexperten und Fachpersonen,

sondern auch aus Bürgerinnen und Bürgern, die das Ganze finanzieren.

Leider hat es der Grosse Rat gestern verpasst, mit einer Annahme der Motion „Keine vorzeitige Einführung des Lehrplans 21“ Zeit zu schaffen für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit allen Beteiligten. Damit unterstützt er die „hüst und hott Politik“ der Erziehungsdirektion, anstatt Ruhe und Stabilität in die Schule zu bringen und die Finanzen unseres Kantons zu schonen. Aus lauter Angst, die Notbremse zu ziehen, lässt man den fahrenden Zug mit einem Schulterzucken „auf den Abgrund zu rasen“. Wer wird die Verantwortung dafür übernehmen, wenn in einigen Jahren auch an unserer Volksschule ein verheerender Bildungsabbau sichtbar wird, verursacht durch die Umsetzung des umstrittenen Lehrplans 21? Dass diese wichtige Motion genau 21 JA-Stimmen erhielt, werten wir als „Ironie des Schicksals“. Der Volksabstimmung über die Initiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!“ sehen wir mit grosser Genugtuung entgegen. Endlich werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger darüber entscheiden können, ob sie bei der Einführung von umstrittenen Lehrplänen mitreden wollen oder nicht.

Komitee Starke Volksschule Bern